

TEXT PODCAST

15. April 2011

Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:

„Wie weiter in der Energiepolitik?“

Energie sicher, sauber und bezahlbar:

DMB, VKU, Verband Wohneigentum und vzbv fordern Effizienz-Offensive bei Gebäuden und Kraftwerken.

Link zur Pressemitteilung <http://www.vzbv.de/go/presse/1474/index.html>

O-Töne von

- **Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)**
- **Holger Krawinkel, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)**
- **Lukas Siebenkotten, Deutscher Mieterbund (DMB)**
- **Hans-Joachim Reck, Verband kommunaler Unternehmen (VKU)**
- **Petra Uertz, Verband Wohneigentum**

Beitrag

Nach dem Atomunglück in Fukushima steht in der deutschen Energiepolitik eine Wende bevor. Für den Ausstieg aus der Atomkraft gibt es jetzt einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Doch wie geht es weiter in der Energiepolitik? Für Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, lautet die Maxime für eine neue energiepolitische Strategie: „sicher, sauber und bezahlbar“:

O-Ton 1 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:38 Min)

Mit Sicherheit meine ich: Es muss darum gehen, dass es eine hohe Versorgungssicherheit gibt, aber es muss insbesondere auch für die Hausbesitzer eine hohe Planungssicherheit für die nötigen Investitionen geben. Mit sauber meine ich, dass eine Technologie wie die Atomkraft nicht mehr akzeptabel ist, weil die Folgen eines Unfalls, wie wir in Japan sehen, nicht beherrschbar sind. Und das dritte ist die Bezahlbarkeit, denn wenn man sich die vielen Vorschläge anguckt, die jetzt gemacht werden, dann kommen doch erkleckliche Summen zustande, - für neue Stromtrassen, für Gebäudesanierung, für neue Kraftwerke.

Dem Appell schließen sich der Deutsche Mieterbund (DMB), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Verband Wohneigentum an. Gemeinsam fordern die vier Verbände Effizienz und mehr Bürgerbeteiligung in der Energiepolitik. Eine der effektivsten und vordringlichsten Maßnahmen ist die Förderung der Gebäudesanierung, so Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbunds:

O-Ton 2 Lukas Siebenkotten, Deutscher Mieterbund (DMB) (0:25 Min)

Es ist ein ganz ganz wesentlicher Punkt für unsere künftige energetische Situation, dass der Gebäudebestand, bei dem sehr viel Energie insbesondere für Heizung verwendet wird,

energetisch saniert wird. Deswegen muss man aber auch von staatlicher und gesellschaftlicher Seite genügend Geld zur Verfügung stellen, um hier Anreize zu schaffen.

Die im Jahr 2009 für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm bereitgestellten Mittel von zwei Milliarden Euro dürften nicht weiter gesenkt, sondern müssten auf Dauer sogar erhöht werden, so Siebenkotten weiter. Doch ein beschleunigter Ausstieg aus der Atomenergie bedarf noch weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Dazu gehören zum Beispiel schärfere Grenzwerte für den Stromverbrauch von Elektrogeräten, aber auch die Errichtung hocheffizienter Gaskraftwerke. Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen, plädiert für den Ausbau der Kraft-Wärmekopplung, kurz KWK:

O-Ton 3 Hans-Joachim Reck, Verband kommunaler Unternehmen (VKU) (0:18 Min)

Hier sind im letzten Energiekonzept keine klaren Aussagen mehr gemacht worden. KWK ist die effizienteste und damit auch schonendste Technologie, die wir im dezentralen Bereich haben. Sie ist auch kostengünstig, und insofern verlangen wir hier eine klare Positionierung der Bundesregierung.

Beim Ausbau der regenerativen Energien sollten die kostengünstigsten Technologien bevorzugt werden, fordert Gerd Billen vom Verbraucherzentrale Bundesverband:

O-Ton 4 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:21 Min)

Schon in den letzten Jahren haben wir kritisiert, dass Geld der Stromverbraucherinnen und -verbraucher in die Förderung der Photovoltaik geht. Das ist kein verkehrtes Ziel, aber man muss sich eben ansehen, welche regenerativen Energien schon heute eine hohe Kosteneffizienz aufweisen. In diese Richtung muss die Entwicklung gehen.

Ein Beispiel für die unterschiedliche Kosteneffizienz der erneuerbaren Energien liefert auch die Windenergie. So ist Strom aus Offshore-Windkraft ungefähr doppelt so teuer, wie Windenergie vom Land. Deswegen rät der Energieexperte des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Holger Krawinkel, die ländlichen Windkraftpotentiale in den Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern und auch Hessen zu erschließen. Allerdings erfordern solche Maßnahmen einen Ausbau der Stromnetze und nicht zuletzt die Überzeugung der Bürger. Die Einbindung der Verbraucher auf der Suche nach den besten Lösungen ist den vier Verbänden ein besonderes Anliegen, so Petra Uertz, Bundesgeschäftsführerin Verband Wohneigentum:

O-Ton 5 Petra Uertz, Verband Wohneigentum (0:42 Min)

Das habe ich eigentlich als recht fruchtbar erlebt, dass man als Verband und Vertreter man in bestimmte Dinge und Überlegungen des Ministeriums eingebunden wird und man noch einmal miteinander sprechen kann, bevor alles fertig wird. So etwas könnte ich mir auch für eine energiepolitische Neuausrichtung in der Regierung vorstellen, dass beim federführenden Ministerium so ein energiepolitischer Dialog auf einer breiten Basis stattfindet, wo eben nicht nur diejenigen, die Energie produzieren oder weiterleiten und die sie finanzieren dabei sind, sondern auch die, die sie bezahlen müssen. Die Verbraucher mit reinzunehmen, halte ich für ganz wichtig. Wenn es schon um Bürgerbeteiligung geht, dann wäre das eine Möglichkeit.

Deshalb fordern der Deutsche Mieterbund, der Verband kommunaler Unternehmen, der Verband Wohneigentum und der Verbraucherzentrale Bundesverband die Bundesregierung auf, die Energie- und Klimapolitik stärker gemeinsam mit den Nutzern zu gestalten:

O-Ton 6 Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:10 Min)

Eine letzte Botschaft, ist die, dass wir auch mehr Beteiligung und mehr Demokratie in der Energiepolitik wagen müssen.

Eine wichtige Frage dabei ist, inwieweit der schnellere Ausstieg aus der Atomenergie Einfluss auf den Strompreis hat, so Holger Krawinkel:

O-Ton 7 Holger Krawinkel, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:32 Min)

Die Bundesregierung hat in dem Gutachten zu ihrem Energiekonzept eigentlich selbst bereits die Antworten gegeben. Ich hab mir diese Zeilen aus diesem Prognos-Gutachten nochmal rausgesucht: Und wenn Sie das beobachten, dann sehen Sie zumindest bei der Zeile private Haushalte so gut wie keine Unterschiede. Da schwankt der Strompreis, ob ich nun vier, zwölf, achtundzwanzig Jahre oder überhaupt nicht verlängere, um etwa 0,1 – 0,5 Cent. Also das ist in Anbetracht der Prognoseunsicherheit eigentlich nicht wirklich relevant.